wo wir ebensoviel Anwälte wie Richter haben, vorausgesetzt, daß der beklagenswerte Andrang unserer Abiturienten zur juristischen Laufbahn fortdauert. Daß schon jetzt der Bedarf an Anwälten (insgesamt 8238 am 1. Januar 1907) überreichlich gedeckt ist, ist bekannt. Die Zahl der Prozesse vermehrt sich keineswegs in demselben Verhältnis wie die Zahl der Anwälte. Die Zahlen für die Prozesse des Jahres 1905 liegen jetzt vor. Die Mahnsachen sind gegen 1904 um 60 000 zurückgegangen, die erstinstanzlichen Prozesse haben um 25 000 zugenommen. Das ist nicht sehr viel, wenn man die Vermehrung der Bevölkerung bedenkt. Freilich darf man nicht außer acht lassen, daß das Arbeitsfeld der ordentlichen Gerichte immer mehr beschränkt wird, daß im Jahre 1905 14 285 Sachen bei den Kaufmannsgerichten anhängig waren.

Die Zahl der Prozesse hat sich in der Zeit von zwanzig Jahren etwa verdoppelt, die Bevölkerung hat sich von etwa 47 Millionen auf etwa 61 Millionen vermehrt.

In dauerndem Wachstum begriffen ist die Zahl der Arreste und einstweiligen Verfügungen — Sachen, die bei gründlicher Bearbeitung sowohl dem Anwalt, als dem Gerichte besonders viel Mühe machen. Die Zahl der Prozesse in Ehe- und Entmündigungssachen beträgt 20 386. Im Jahre 1905 sind 11 147 Ehen rechtskräftig geschieden worden. Das ist bei der Schwierigkeit der Ehescheidung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine bedeutende Zahl. Die Staaten, wo verhältnismäßig die meisten Ehescheidungen vorkommen, sind die Hansastädte, Reuß j. L. und Königreich Sachsen.

Was die Strafsachen anlangt, so ist als erfreulichstes Ergebnis anzuführen, daß die Schwurgerichtssachen um volle 500 zurückgegangen sind; die Zahl des Jahres 1905 ist 4425. Das ist um so erfreulicher, als im Durchschnitt der Jahre 1881 bis 1885 diese Zahl 5639 betrug! Die Zahl der von den Strafkammern abgeurteilten Verbrechen (46 397) ist gegen 1903 und 1904 etwas zurückgegangen, aber sicherlich noch erschreckend groß.

Wenn die von den Strafkammern abgeurteilten Vergehen wesentlich vermindert erscheinen (42 216 gegen 54 124 im Vorjahre), so ist das eine Wirkung des Gesetzes vom 5. Juni 1905, wodurch die Zuständigkeit der Schöffengerichte zur Aburteilung von Vergehen sehr erweitert worden ist. Infolgedessen hat die Zahl der von den Schöffengerichten im Jahre 1905 abgeurteilten Vergehen (397 104) gegenüber der des Vorjahres (376 096) nichts Erschreckendes. Uebertretungen und Privatklagsachen sind eine Kleinigkeit zurückgegangen.

Aus der Statistik der Urteile in den Rechtsmittelinstanzen sei nur erwähnt, daß die Zahl der Revisionen in den von den Strafkammern in zweiter Instanz abgeurteilten Sachen verhältnismäßig eine wesentlich größere ist, als die Zahl der Revisionen gegen Urteile der Strafkammern in erster Instanz. Man sieht daraus, daß viele Instanzen noch weniger die Vermutung für sich haben, den Beteiligten genug zu tun, als wenige.

Sehr gering ist die Zahl der Urteile des Reichsgerichts auf Revisionen gegen Schwurgerichtsurteile (198).

Von 661 802 Angeklagten sind im Jahre 1905 520 356 verurteilt worden. Man darf wohl ruhig annehmen, daß von den Freigesprochenen 100 000 schuldig waren, ohne daß ihnen ihre Schuld nachgewiesen werden konnte. Wer eine Ahnung davon hat, wieviele Sachen schon von der Staatsanwaltschaft ohne Anklage eingestellt werden, der wird nicht umhin können, die Garantie der Staatsbürger gegen ganz ungerechtfertigte Verurteilung reichlich genügend zu finden. Nur beiläufig sei erwähnt, daß die Garantie gegen zu schwere Verurteilung lange nicht so groß ist.

Die Zahl der weiblichen Missetäter ist seit 1903 fast nicht gewachsen, um so erfreulicher, als die Gewerbtätigkeit der Frauen dauernd zunimmt. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher ist sehr groß (51 458). Von den 520 356 Verurteilten waren 228 367 vorbestraft.

Die Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung usw. nehmen verhältnismäßig zu, die gegen das Vermögen ab. Die absolute Zahl der schwersten Verbrechen (Unzucht, Notzucht, Mord, Totschlag, schwerer Diebstahl, Raub, Brandstiftung) ist nicht wesentlich geändert.

Typische Delikte von Frauen sind: Hehlerei, Beleidigung, Arrestbruch, Meineid, Diebstahl; von jugendlichen Verbrechern: Brandstiftung, Raub, Diebstahl, Notzucht und Unzucht. Von Vorbestraften werden am meisten folgende Delikte begangen: Gewalt und Drohungen gegen Beamte, Raub und Betrug.

Alles in allem nimmt zwar die Bestrafung wegen Verbrechen und Vergehen noch absolut zu, aber relativ ab; nur ist diese relative Abnahme nicht allzu groß. 1903 kamen auf 100 000 strafmündige Zivilpersonen 1234 Verurteilungen, 1905 noch 1230; 1902 freilich waren es 1279. Jedenfalls sind diese Zahlen nicht angetan, allzu optimistische Hoffnungen für die Zukunft zu begründen. Immerhin wird sich ein gewisses Erstarken des gesetzlichen Sinnes in der Bevölkerung behaupten lassen.

Die Ergebnisse der Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte ähneln begreiflicherweise denen der Rechtsprechung der Gewerbegerichte. Bei beiden Gerichten werden über zwei Fünftel aller Sachen durch Vergleich abgetan, ein sicher sehr erfreuliches Ergebnis. Die Berufungen gegen die Urteile beider Gerichte sind, eingeschränkt wie ihre Möglichkeit ist, selten. Als Einigungsamt hat noch kein Kaufmannsgericht Erfolg gehabt; die Gewerbegerichte haben hierin gegen 1904 nicht unbeträchtliche Erfolge aufzuweisen.

Die Zahl der Konkurse ist seit 1901 beständig zurückgegangen. 1905 sind 7708 Konkurse eröffnet worden. Die Summe der ausgefallenen Konkursforderungen war 1905 enorm hoch, 435¼ Millionen; beteiligt waren 349 000 Gläubiger. Die Aussichten der Gläubiger auf Befriedigung ihrer Konkursforderungen mit mehr als 30 Prozent sind nicht ganz gering, sie stehen wie 4 : 10; in jedem zehnten Falle erhalten sie dagegen gar nichts. —n.

Deutsches Reich.

Leipzig, 4. August.

* **In den Monarchen-Begegnungen** schreibt die „Südd. Reichs-Korr.“ Was die Begegnungen von Swinemünde und Wilhelmshöhe, die einander nicht Abbruch tun, sondern ergänzen, in Wahrheit bringen werden, sind schätzenswerte Fortschritte auf dem Wege zur Aufhellung und Festigung der politischen Gesamtlage, in erster Linie der europäischen. Das Interesse an einem derartigen Ergebnis der Monarchenbegegnung ist groß genug, um ihren ungetrübten Verlauf der Sympathien aller Friedensfreunde würdig erscheinen zu lassen.

* **Die Ankunft des Zaren.** Aus Swinemünde wird telegraphiert: Die Begrüßung der Kaiserjachten fand auf hoher See um 10 Uhr statt. Der Deutsche Kaiser ging mit dem Fürsten Bülow, dem Staatssekretär von Tirpitz und dem Gefolge sofort an Bord des „Standart“ und begab sich mit dem Kaiser von Rußland nach der Reede von Swinemünde, wobei sie an der ersten Reihe der Hochseeflotte vorbeifuhren. Der „Standart“ machte gegen ¾12 Uhr fest; gleich darauf erschienen Prinz Heinrich sowie sämtliche deutsche Schiffskommandeure an Bord des „Standart“, wo Kaiser Wilhelm sie dem Kaiser Nikolaus vorstellte. Gegen ¾1 Uhr verließ Kaiser Wilhelm den „Standart“. Gleich darauf fuhr der russische Kaiser in Begleitung des Ministers des Aeußeren v. Iswolski sowie des Hausstabes nach der „Hohenzollern“, deren Kapelle die russische Nationalhymne spielte.

* **Ratifikation der Literar-Konvention.** Die Ratifikationsurkunden zu der am 8. April 1906 in Paris unterzeichneten Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich über den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien sind in Paris ausgewechselt worden.

* **Das neue Weingesetz.** An dem Entwurf des neuen Weingesetzes, der schon vor längerer Zeit für die kommende Session des Reichstages angekündigt worden ist, wird mit Nachdruck weiter gearbeitet. Wenn es auch zurzeit nicht möglich ist, vorauszusehen, in welcher Gestalt der Entwurf an den Reichstag gelangen werde, so könne doch so viel als sicher gelten, daß er gegenüber dem jetzigen Weingesetze bestimmte Vorschriften über die Kellerbehandlung des Weines unter räumlicher und zeitlicher Beschränkung der Zuckerung geringer Weine enthalten und den weit verbreiteten Mißbräuchen in der Bezeichnung der Handelsware entgegentreten werde. Auch unterliege es der Erwägung, den Mißbrauch der Bezeichnung „Kognak“ für Branntwein, der mit Weindestillat nichts zu tun hat oder bestenfalls ein Verschnitt mit Weindestillat ist, abzustellen. Daß der Entwurf die bekannten und berechtigten Forderungen hinsichtlich der Ordnung der Kellerkontrolle befriedigen werde, dürfte als selbstverständlich gelten.

C. C. **Blutenlassen des Tabaks?** Immer wieder wird auf den Tabak hingewiesen, der mehr bluten solle, damit die Reichsausgaben leichter gedeckt werden. Welche Entschließungen immer im Reichsschatzamt gefaßt werden und die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden, auf eins ist vor allem Rücksicht zu nehmen. Darauf nämlich, eine Entwickelung nicht zu stören und zu unterbrechen, die sich im westfälischen, hannoverschen und in anderen Teilen des Landes zeigt, indem im Zusammenhang mit der Tabak- und Zigarren-Großindustrie eine Betriebsamkeit im kleinen sich entfaltet, die von großer, sozialer Bedeutung ist. Ein ziemlich großer Prozentsatz der Arbeiter in den Großbetrieben macht sich selbständig und befestigt sich im Anschluß an die letzteren wirtschaftlich. Was auch von dem theoretischen Wert mancher Tabak- und Zigarrenbesteuerung zu halten sein mag, in die Praxis wird keine Steuer überzuführen sein, die nicht auf die tatsächliche Entwickelung der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe nebeneinander Rücksicht nimmt.

* **Privatbeamtenversicherung.** Ueber den gegenwärtigen Stand des Problems schreibt Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Potthof: „Unter den Privatbeamten ist eine sehr lebhafte Erörterung entstanden über den Weg, auf dem die von allen Seiten als notwendig anerkannte Pensions- und Hinterbliebenenversicherung durchgeführt werden soll. Aus dieser Erörterung, die manchmal zu etwas scharfen Auseinandersetzungen geführt hat, haben einzelne Zeitungen die Befürchtung abgeleitet, die Einigkeit der Privatbeamtenbewegung und ihr nächstes Ziel, die Pensionsversicherung, seien gefährdet. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Die gegenwärtige Situation ist nur aus dem über Erwarten raschen Erfolge der Bewegung zu erklären. Diese sah sich plötzlich aus dem Stadium der Agitation in das der praktischen Ausführung versetzt, während die Organisation der Gesamtheit und die Durchdenkung der Frage noch nicht reif dafür waren. Diese Vorbedingungen eines Erfolges werden jetzt geschaffen, und wenn auch bei Außenstehenden dadurch vielleicht ein Eindruck der Verwirrung erzeugt wird, so kann in Wirklichkeit nur von einer Gärung die Rede sein, die bald zu einer Klärung führen wird. Dem „Hauptausschusse für die Pensionsversicherung“, dem bisher nur etwa dreißig Verbände angehörten, haben sich in den letzten Wochen weitere zwanzig Organisationen angeschlossen, so daß er jetzt die gesamte Privatbeamtenschaft mit geringen Ausnahmen umfaßt. Damit ist erst die Vorbedingung für ein gemeinsames Vorgehen aller geschaffen. Auch für ein einheitliches Programm ist der Weg angebahnt, indem der Hauptausschuß eine Siebenerkommission eingesetzt hat, die alle Fragen gründlich prüfen und zum Oktober Vorschläge machen soll. Ihre Beratungen berechtigen zu den besten Hoffnungen. Wenn der Bewegung eine Gefahr droht, so kann sie höchstens in dem Wechsel des leitenden Mannes in der sozialpolitischen Gesetzgebung liegen. Graf Posadowsky war tief durchdrungen von der Notwendigkeit einer Privatbeamtenfürsorge und fest entschlossen, etwas „Durchgreifendes“ für sie zu tun. Von seinem Nachfolger wissen wir nichts. Die Angestellten sind aber der festen Hoffnung, daß er dieses Erbe seines Vorgängers übernehmen und mit gleicher Liebe durchführen wird.“

* **Die Aussichten des Börsengesetzes.** Der „Neuen Politischen Korrespondenz“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben, daß die Aenderung des Börsengesetzes im Reichstage vermutlich auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen werde; die Freunde dieses gesetzgeberischen Werkes müßten deshalb einen wirksamen Gegenzug auf dem parlamentarischen Schachbrette machen; ein solcher Gegenzug sei, wenn man die Zustimmung zur Börsengesetz-Novelle zur unerläßlichen Vorbedingung für Zugeständnisse an die agrarisch-konservativen Interessen bei der Branntweinbesteuerung machen wollte: garantiere man den Agrar-Konservativen die Berücksichtigung dieser Interessen, so würde bei dem Schwergewichte der allgemeinpolitischen Gesichtspunkte, die für das Zusammenhalten des Blockes sprächen, auf Erfolg gehofft werden können. — Noch weitere Zugeständnisse an die Agrarier bei der Branntwein-Besteuerung? Etwa eine Erhöhung der Liebesgabe? Das wäre ja nett!

* **Zur sächsischen Wahlrechtsreform.** Der Wahlrechtsgesetzentwurf, den die konservative Landtagsfraktion Sachsens einbringen will, zielt, wie der bisherige Landtagsabgeordnete Traeder-Arnsdorf in einer Wählerversammlung mitteilte, auf die Wiedereinführung des bis 1896 gültigen Wahlrechts unter der Erhöhung des Zensus von 3 auf 6 ℳ und auf die Hinaufsetzung der Altersgrenze von 25 auf 30 Jahre ab. Alle dadurch ausgeschlossenen, bisher wahlberechtigten Wähler in jeder der fünf Kreishauptmannschaften wählen für sich je zwei weitere Abgeordnete, einen davon die Arbeiter, den anderen die übrigen Wähler dieser Klasse, so daß die Sozialdemokraten nur zu fünf Mandaten gelangen können. (Etwas mehr werdens wohl werden! Sogar das Dreiklassenwahlrecht hat bekanntlich den Sozialdemokraten ein Mandat gebracht, und bei dem Kampfe um ein zweites blieben sie 1903 nur mit einer Stimme in der Minderheit.) — Endlich hat auch das „Vaterland“ seine Sprache wieder gewonnen, freilich bloß um zu sagen — daß es nichts sagen wollte! Herr Professor Gravelius veröffentlicht an der Spitze des Blattes gestern eine Erklärung. Nach einigen Gemeinplätzen über Meinungsverschiedenheiten alter Freunde, welche „temperamentvoller“ ausgetragen werden sollen als Auseinandersetzungen gewohnheitsmäßiger Gegner, ferner über die Schädlichkeit vorschneller Vermittler, heißt es:

Durch Erwägungen dieser Art ist die Haltung des „Vaterlandes“ gegenüber dem in der Partei entstandenen Meinungsverschiedenheiten über den Wahlgesetzentwurf der Regierung bestimmt worden. Das Organ der Partei ist dazu da, die Idee der Einheit der Partei festzuhalten. Und es hat aus seinen Spalten den Streit der „Richtungen“ fernzuhalten. Offenbar ist die konservative Fraktion der gleichen Ansicht, denn sie hat ihre offizielle Erklärung den „Dresdener Nachrichten“ zur Publikation übergeben, aber sie hat sie der Leitung des Landesvereins und des „Vaterlandes“ in keiner Weise offiziell zur Kenntnis gebracht. Das „Vaterland“ enthält sich jeder Einwirkung im Sinne einer bestimmten Richtung und ist ebenso jeder Einwirkung im alleinigen Sinne einer einzigen Richtung ungangbar. Das „Vaterland“ dient dem großen Gedanken der Einheit und überläßt den Streit der Richtungen und Nuancen der Tagespresse. Die Partei allein, — und nur allein sie in ihrer Gesamtheit — wird in der Generalversammlung, für welche ein Termin im September in Aussicht genommen ist, über die Richtung zu entscheiden haben, in der sie marschieren will.

Wir müssens den Konservativen selber überlassen, ob die einer offenen Aussprache der Meinungen vorgezogene Methode des Schweigens ihre „Einheit“ am besten fördern wird.

* **Althoff und die Fakultäten.** Herrn Althoffs von uns gestern charakterisierte herrische Vergewaltigung der akademischen Freiheit wird treffend auch durch folgenden neueren Vorfall beleuchtet: Als vor kurzem die chirurgische Professur in Greifswald frei wurde, kam auf energisches Betreiben Althoffs auch Payr-Graz, der Chef des dortigen Krankenhauses, auf die Liste; wie man hört, besonders auf Betreiben von Professor Kraus-Berlin, der seinerzeit ebenfalls aus Graz berufen war. Im Ministerium selbst herrschte die vielleicht nicht ganz unbegründete Ansicht vor, daß in Deutschland zahlreiche tüchtige Krankenhausleiter mit guter Qualifikation für die Professur vorhanden seien, ganz abgesehen von zahlreichen Privatdozenten. Nichts desto weniger wurde von den seitens der Fakultät vorgeschlagenen Herren die mit Payr an erster Stelle genannt waren, auf Betreiben Althoffs Abstand genommen, der auf diese Weise die von vornherein von ihm in Aussicht genommene Besetzung der Professur durch einen Ausländer tatsächlich durchsetzte.

* **Ausstandsnachrichten.** Ein Privattelegramm aus Breslau meldet uns: Die königliche Berginspektion Königshütte macht bekannt, daß diejenigen Arbeiter entlassen werden, welche länger als drei Tage im Streik verharren. — Die „Schlesische Zeitung“ meldet vom Bergarbeiterausstande der Königsblütte: Vormittags fand in der Königlichen Berginspektion unter dem Vorsitze des Geheimen Bergrats Wiggert eine Konferenz statt, zu der 22 Vertrauensmänner der Belegschaft hinzugezogen wurden. Geheimer Bergrat Wiggert erklärte, daß er die Hauptforderung der Bergarbeiter, die 30prozentige allgemeine Lohnaufbesserung, ablehne, weil die Lohnsätze auf den fiskalischen Gruben ohnehin etwa 40 Prozent höher seien, als auf den privaten Gruben. Dagegen stellte er in gewissen Fällen eine Erhöhung der Gedingesätze in Aussicht, verlangte aber die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Zu gleicher Zeit fand eine von dem Arbeitersekretär Scholtyssek einberufene Bergarbeiterversammlung statt, in der Scholtyssek die Arbeiter aufforderte, im Streik auszuharren, sich zu organisieren und Lohnkommissionen für die einzelnen Schächte zu wählen, die mit der Bergbehörde in Verhandlungen treten sollen. Auf dem Ring, vor der Berginspektion und vor dem Lokal, in dem die Bergarbeiterversammlung stattfand, hatten sich große Mengen von Bergarbeitern, zeitweilig gegen 2000, eingefunden, die sich jedoch ruhig verhielten.

* **Sozialdemokraten und Hof.** Auf der Kreiskonferenz der Sozialdemokraten des Kreises Friedberg mußte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion Hessens herben Tadel gefallen lassen. „Genosse“ Boisold meinte, das Verhalten der Landtagsfraktion sei nicht zu rechtfertigen. Voriges Jahr sei sie zu Hofe gegangen, und in diesem Jahre habe sie dem Großherzog zur Prinzengeburt gratuliert. Das werfe ein eigentümliches Licht auf die dem Landtage angehörenden Genossen, man blamiere sich ja vor ganz Deutschland; vor zwanzig Jahren würde man Genossen, die sich so betragen hätten, angespuckt haben. Landtagsabg. „Genosse“ Orb verteidigte dann die Fraktion und meinte, die Fraktion habe nur aus menschlichen Gründen zum Ausdruck gebracht, daß man sich über das Familienereignis freue, sie sei bereit, auf der Landeskonferenz für ihr Tun Rede und Antwort zu stehen.

Deutsche Kolonien.

* **Dernburg in Dar es Salam.** Der Dampfer „Feldmarschall“ ist gestern morgen in Dar es Salam eingetroffen und mit Salut empfangen worden. Staatssekretär Dernburg nahm zunächst Meldungen an Bord entgegen und begab sich dann an Land. Dort schritt er zunächst mit Oberstleutnant Quade die Front der von der Schutztruppe gestellten Ehrenkompagnie ab und nahm dann deren Parademarsch ab, worauf Konferenzen und Meldungen im Gouvernementsgebäude folgten. Der Lunch wurde bei dem Gouverneur Freiherrn von Rechenberg eingenommen. Der Staatssekretär wurde von dem zahlreich erschienenen Publikum lebhaft begrüßt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Das allgemeine Wahlrecht in Ungarn.** Nach einer Wiener halbamtlichen Meldung soll die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es wäre ja auch hoch an der Zeit, daß die ungarische Regierung Ernst machte mit der Erledigung der Hauptaufgabe, mit der sie bei ihrer Berufung im Mai vergangenen Jahres betraut wurde. Derselben Quelle zufolge wird die Wahlberechtigung an die Bedingung geknüpft werden, daß der ungarische Staatsbürger, der das aktive Wahlrecht ausüben darf, „in seiner Muttersprache lesen und schreiben könne“. Es ist aber wohl kaum wahrscheinlich, daß die Magyaren diese Bedingung annehmen werden, da sie dadurch sehr in Nachteil gerieten. Nach amtlicher magyarischer Statistik stehen die Magyaren, was die Kenntnis des Lesens und Schreibens anbelangt, in Ungern nur in dritter Reihe. Den ersten Platz nehmen in dieser Hinsicht die Deutschen ein, dann folgen die Slowaken, und das „staatserhaltende Element“ muß sich mit dem dritten Rang begnügen. Es wird also höchstwahrscheinlich ganz anders kommen, als man sich das in Wien jetzt denkt. Wenn ausschließlich die Wünsche der regierenden Herren Kossuthisten berücksichtigt werden sollen, wie ja das am Wiener Hof immer konzessionsfähiger wird, dann muß der ungarische Staatsbürger, der sich seinen Gesetzgeber wählen darf, zum allermindesten Csardas tanzen können.

England.

* **Der Ausstand der Kohlenarbeiter** in Belfast ist beigelegt. Den Ausstand der Fuhrleute ist so gut wie beigelegt, da nur noch einige Einzelheiten zu regeln sind. Auch die schwierige Polizeifrage ist tatsächlich geklärt, da die unzufriedenen Polizisten in entfernte Bezirke versetzt worden sind.

Italien.

* **Die Antiklerikalen.** Aus Rom wird dem „B. T.“ gedrahtet: Im Verlaufe der Unruhen versuchte der Mob, die Antoniuskirche in Spezia anzuzünden. Eine Kompagnie Soldaten und Feuerwehr retteten die an vier Punkten angesteckte Kirche. Das Gebäude ist nunmehr militärisch besetzt. Zum Protest gegen die Erschießung eines Arbeiters durch Gendarmerie ist ein allgemeiner Streik in Spezia eröffnet. Alle Läden sind geschlossen, der Tramverkehr ist eingestellt, die Garnison ist verstärkt. Auch in Sampierdarena (Genua) suchte die Menge das Salesianerkloster zu stürmen. Die Patres verteidigten sich mit Revolverschüssen. Trotzdem gelang es der Menge, das Tor zu demolieren und ins Innere des Klosters einzudringen und Feuer zu legen, als im kritischen Augenblick Militär erschien und die Rasenden zu Paaren trieb. — Im Vatikan sagt man: Die neuesten Vorgänge und die unentschlossene Haltung der Regierung gegenüber der antiklerikalen Bewegung seien ein Beweis, daß der Papst trotz des besten Willens mit Italien nicht in Frieden leben könne. Es werde noch so weit kommen, daß das normale Verhältnis zwischen Vatikan und Italien der Kriegszustand sein werde. Die Regierung müßte einsehen, daß die gegenwärtige Bewegung nicht nur das Papsttum, sondern auch den Staat betrefe.

Rußland.

* **Der Vertrag mit England** ist nach einer telegraphischen Meldung des „B. T.“ bereits unterzeichnet und gestern der deutschen Regierung notifiziert worden. Zu diesem Vertragsabschluß und über die voraussichtlichen Folgen der Entrevue läßt sich die „Nowoje Wremja“ in einem sehr bemerkenswerten Artikel aus, aus dem die nachstehenden Sätze aus Petersburg telegraphiert werden: Die „Nowoje Wremja“ erklärt, der Meinungsaustausch zwischen den beiden Ministern in Swinemünde werde ohne Zweifel auch diejenigen neuen friedlichen Uebereinkommen berühren, über die zwischen den europäischen Mächten Unterhandlungen schweben, so die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, der die politische bald folgen dürfte, sodann die anglo-russischen Verhandlungen, welche natürlich in keiner Weise die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland stören dürfen. Trotz der Verlängerung des Dreibundes auf weitere sechs Jahre fühle Deutschland eine gewisse Vereinsamung unter den europäischen Mächten. Infolgedessen könnte Rußland auf der Basis der Gegenseitigkeit Deutschland inbezug auf sein Verhältnis zu Frankreich und England einen großen Dienst leisten. Auf diese Weise werde die Monarchenzusammenkunft nicht nur eine Höflichkeitspflicht erfüllen, sondern auch dem Friedenswerk förderlich sein.

Marokko.

* **Der heilige Krieg.** Die Madrider Presse bekämpft lebhaft die Entsendung von spanischen Truppen nach Casablanca, in der sie eine Demonstration erblickt, die die ernstesten Folgen nach sich ziehen könne. „Imparcial“ führt aus, das Interesse Spaniens mache es notwendig, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Stämmen aufrecht zu erhalten; Spanien besäße in Marokko Ceuta und Melilla, wo sich ähnliche Vorfälle ereignen könnten, denen Spanien dann völlig allein gegenüberstehen würde. — Aus Tanger wird weiter gemeldet: Der Machsen hat sich damit begnügt, nach Casablanca zwei Agenten ohne Vollmacht mit einigen hundert Franks für die Truppen zu senden. Diese Maßregel wird wie ein Hohn aufgefaßt. Nachrichten aus Tetuan melden, daß die Bergstämme in der Nacht die Mahalla von Buchta ben Bagdadi, die gegen Raisuli vorgeht, angegriffen haben. Bagdadi soll ein Bein zerschmettert, mehrere Kaids und zahlreiche Soldaten getötet worden sein. Verstärkungen sind hingeschickt. — Dem „B. T.“ wird ferner aus Paris mitgeteilt: Eine Zuschrift, welche dem „Temps“ von einem Herrn zugeht, der erst kürzlich von Casablanca nach Frankreich heimgekehrt ist, erzählt über den mehrfach genannten Zauberer und Fanatiker Ma el Ainin folgendes: Am 14. September v. J. kam Ma el Ainin mit vielem Gelde, vielen Anhängern, vielen Flinten und Munition von Fez und lagerte mit seinen Leuten in Casablanca. Der Pascha von Rabat hatte dem Ma el Ainin das Betreten seiner Stadt untersagt; aber der Pascha von Casablanca ergriff keinerlei Vorsichtsmaßregeln. Die Leute des Ma el Ainin, welche sich selbst die „Blauen“ nennen, plünderten damals den Laden des französischen Mechanikers Lécuyer und veranstalteten eine förmliche Menschenjagd unter ironischem Zusehen des Paschas, der sich durch keine Vorstellungen des damaligen französischen Konsuls Gieleud zum Einschreiten bewegen ließ. Das Ansehen der europäischen Kolonie in Casablanca litt infolgedessen sehr. Die Konsuln wurden in corpore in Tanger vorstellig mit dem Ersuchen, den Pascha von Casablanca abzusetzen. Aber dieses Verlangen wurde vom Machsen nicht erfüllt. Auf den Machsen fällt auch jetzt der größte Teil der Verantwortlichkeit, weil man diesen unfähigen oder böswillig fremdenfeindlichen Beamten nicht rechtzeitig entfernt hat. Der Pascha hätte die Sicherheit innerhalb und außerhalb der Mauern Casablancas sichern können, wenn er sich an Moulai Amin gewandt hätte, den Oheim des Sultans. Dieser lagert mit seiner Mahalla seit mehreren Monaten in der Nähe von Casablanca und beschäftigt sich mit Eintreibung der Steuern von den dortigen Stämmen. Wirksam kann nach Ansicht des Gewährsmannes des „Temps“ die Sicherheit der europäischen Kolonien in Marokko nur durch Landung französischer und spanischer Soldaten gesichert werden, auch würde es nötig sein, die Sicherungsmaßregeln auf andere Häfen, wie Mogador und Rabat, auszudehnen.